

Macron provoziert Linke bis zur Weißglut und will Gewerkschaftsproteste eisern aussitzen

Zum ersten Mal seit zehn Jahren riefen neun rivalisierende Gewerkschaftsbünde gemeinsam zu einem Generalstreik im öffentlichen Dienst auf, um Macrons Sparkurs zu stoppen. Die Beteiligung fiel aber sehr unterschiedlich aus, die Proteste gegen Macrons besonders unternehmerfreundliche Politik kommen zumindest bisher nicht richtig in Fahrt. Der junge Staatschef, der ursprünglich aus SP-nahen Gefilden kam, gilt jetzt vor allem als Hoffnungsträger der bürgerlichen Wähler.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Der Erfolg eines Protesttags in Frankreich misst sich an Details: in der Pariser Rue Orfila stürmten Scharen von Taferlklasslern in aller Früh den Zeitungsladen, der auch mit Schmankerln für den Nachwuchs lockt. „Wir haben keine Schule“, riefen die begeisterten Volksschüler und kauften die Regale mit den Haribo-Zuckerln und Pokemon-Bildern leer. Knapp darauf tauchten die ersten Eltern auf, verärgert darüber, dass die sie ihre Kinder diesmal nicht ihrer Schule anvertrauen konnten.

Tatsächlich waren am Dienstag die Lehrer vieler Schulen dem Aufruf zum Generalstreik im öffentlichen Dienst gefolgt. In 130 Städten wurde demonstriert: man sah Krankenschwestern und Spitalsärzte, Gemeindebedienstete und Postler, Polizisten und Feuerwehrleute, Uniprofessoren und Studenten, Ministerialbeamte und Fluglotsen gemeinsam marschieren. Andererseits funktionierten Bahn und Pariser Metro ziemlich ungestört, die Zahl der Streikenden hielt sich in eher bescheidenen Rahmen.

Dabei hatten sich alle neun Gewerkschaftsbünde, die sich um die Vertretung der fünf Millionen öffentlich Bediensteten Frankreichs raufen, zum ersten Mal seit langem auf einen gemeinsamen Streikaufruf gegen Postenabbau und Gehaltsstopp geeinigt. Aber wie schon zuvor bei ähnlichen Protesten gegen den Spar- und Liberalisierungs-Kurs von Emmanuel Macron scheinen diese Aktionen nicht voll in Schwung zu kommen.

Am Staatschef selber kann es eigentlich nicht liegen. Er hat bisher alles unternommen, um die Linke bis zur Weißglut zu provozieren und sogar moderate Vertreter der Arbeitnehmer zu verstören. Erst in der Vorwoche hatte Macron beim Besuch in einem abgeschlagenen Industrieviertel erklärt: „Es gibt einige, die lieber eine Arbeit suchen sollten, statt einen Wirbel aufzuführen.“ Der Ärger des Präsidenten richtete sich gegen Streikende eines Zulieferbetriebs der Auto-Industrie, die gegen ihre Kündigung demonstrierten. Im September, im Vorlauf eines gewerkschaftlichen Aktionstags gegen die Liberalisierung des Arbeitsrechts, hatte Macron die Protestteilnehmer als „Faulenzer“ bezeichnet.

„Sarkozys Sohn“

Das linksliberale Blatt „*Libération*“ kürte Macron daraufhin zum „geheimen Sohn von Nicolas Sarkozy“, also dem einstigen bürgerlichen Staatschef, der ebenfalls seine Kritiker mit ungewöhnlich derber Sprache anging. Bei Macron ist aber die Ausgangslage insofern eine

andere, als er ursprünglich Wirtschaftsminister unter SP-Präsident Francois Hollande war und bei der Präsidentenwahl als Zentrumspolitiker mehrheitlich die Stimmen vormaliger Hollande-Wähler bekam.

Inzwischen aber findet Macron laut Umfragen die meiste Unterstützung bei bürgerlichen Wählern. Gleichzeitig macht sich in Kreisen, die ihm ursprünglich gewogen waren, banges Staunen breit. Die Zeitung *Le Monde* titelte zu seinen steuerpolitischen Maßnahmen, darunter die Abschaffung der bisherigen Vermögenssteuer: „Die Reichsten als große Gewinner des Budgets von Macron“.

Macron ist freilich davon überzeugt, dass er nur durch so einen Kurs Frankreichs strukturelle Schwächen überwinden kann. Zum ersten Mal seit Jahren registriert Frankreich ein relevantes Wirtschaftswachstum, 2017 voraussichtlich 1,8 Prozent. Die Stimmungslage der Unternehmer hat sich auch deutlich verbessert. Aber bisher treibt dieser Konjunkturansprung vor allem das französische Außenhandelsdefizit in Rekordhöhe. Die Arbeitslosenrate dürfte 2017 nur geringfügig von 10 auf 9,4 Prozent sinken.

Dahinter stecken die mangelnde Wettbewerbskraft des Mittelbaus der französischen Wirtschaft sowie ein vergleichsweise radikales Industriesterben. Beides glaubt Macron durch seine wirtschaftsliberalen und besonders unternehmerfreundlichen Vorstöße vorrangig beheben zu können.

Die in der Zwischenzeit anfallenden Protestbewegungen, die vielfach gärende soziale Unzufriedenheit und den Vertrauensverlust bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung will Macron eisern aussitzen, weil er vorerst keine wichtigen Wahlen zu bestreiten hat und mittelfristig mit überzeugenden Ergebnissen seiner jetzigen schmerzhaften wirtschaftspolitischen Entscheidungen rechnet.